

Kriegszentrale schließen!

In Stuttgart steht die Zentrale für den Krieg in Afrika

Seit Oktober 2008 ist AFRICOM, das US-Hauptquartier für alle Militäroperationen auf dem afrikanischen Kontinent, einsatzbereit. Die US-Militärs lassen sich ihre Einsatzzentrale in Stuttgart geschätzte fünf Milliarden Dollar pro Jahr kosten. Bei so hohen Investitionen muss natürlich auch ein entsprechender Nutzen angepeilt sein.

Der liegt in den Augen der US-Strategen in den Berechnungen, wonach bis 2015 rund ein Viertel der US-Ölimporte aus Afrika kommen könnte. Außerdem ist mit China ein strategischer Rivale zunehmend erfolgreich wirtschaftlich auf dem Kontinent aktiv. Hier soll ein Gegengewicht geschaffen und Afrika als

Einflusszone der imperialistischen Mächte gesichert werden.



„Energiesicherheit“

„Die Herstellung von **Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.**“
(CDU/CSU-Bundestagsfraktion: **„Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“**, Beschluss vom 6.5.2008)

Abschalten und Abrüsten

Angesichts der Katastrophe von Fukushima versuchen die bürgerlichen Parteien in Deutschland ihre jahrzehntelange Kumpanei mit der Atommafia vergessen zu machen und sich einen Überbietungswettbewerb zumindest bei der verbalen Energiewende zu liefern.

Die Macht der Atommafia ist aber nicht gebrochen. Sie haben über Jahrzehnte gigantische Profite eingeharvestet und staatliche Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe eingesackt. Davon ließ sich auch gut eine willfährige Lobby von Atomkraftbefürwortern in Politik, Wissenschaft und Medien bei der Stange halten. Wenn eine wirkliche Wende gelingen soll, muss die Atommafia entmachtet und enteignet werden. Das Monopol der vier Energieriesen muss gebrochen und eine Regionalisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung durchgesetzt werden.

Und neben dem Ausstieg aus der Atomenergie geht es auch um den Einstieg in eine atomwaffenfreie Welt. Die US-Atomwaffen, die immer noch in Büchel lagern, müssen schnellstens abgezogen werden. Die Bundesregierung muss die sogenannte „atomare Teilhabe“ also die Beteiligung an einem möglichen Atomkrieg der NATO aufkündigen. Und sie muss endlich einen wasserdichten Verzicht auf Atomwaffen,

auch über den Umweg Europäische Union, in das Grundgesetz aufnehmen. Den Atomwaffensperrvertrag hat Deutschland nur unterzeichnet unter dem Vorbehalt, dass eine atomar bewaffnete EU möglich sein muss.

Deutschland trägt eine Sicherheitsstrategie der EU mit, in der kein Wort von einem Verzicht auf Atomwaffen steht. In der neuen NATO-Strategie wird selbst der Ersteinsatz von Atomwaffen nicht ausgeschlossen.

In Bonn und Berlin sorgte man in der Vergangenheit dafür, dass das Thema deutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen immer wieder demonstrativ zur Sprache kam. Nachdem im Frühjahr 2006 der französische Präsident Chirac mit einem Einsatz von Atomwaffen gegen sogenannte „Schurkenstaaten“ gedroht hatte, stellte sich Bundeskanzlerin Merkel demonstrativ hinter den französischen Staatschef. Ihr Parteikollege, der ehemalige „Verteidigungs“minister Rupert Scholz sah die Gelegenheit gekommen, um das Thema deutsche Atomwaffen wieder in die politische Debatte zu werfen. Eine kalkulierte Provokation. „Ich bin mir völlig darüber im Klaren, dass ich mit dieser Frage ein Tabu anspreche“, ließ er die Bild-Zeitung verbreiten. Er verlangte eine Änderung der NATO-Strategie und eine bin-

dende Zusage, dass die NATO auf eine atomare terroristische „Bedrohung oder Erpressung“ mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen reagieren würde. „Ohne entsprechende Schutzgarantien unserer Partner muss in Deutschland die Frage einer eigenen atomaren Abschreckung ohne Scheuklappen neu debattiert werden,“ tönte der CDU-Mann. Und 2009 machte der hohe deutsche NATO-Beamte Michael Rühle den „Tabubrecher“, indem er ein Buch mit dem Titel „Gute und schlechte Atombomben - Berlin muss die nukleare Realität mitgestalten“ veröffentlichte. Seine These: „Deutschland hat nukleare Interessen.“ Weil Deutschland eine „erfolgreiche, exportorientierte Nuklearindustrie“ hat, ist das Land „an einem internationalen politischen Umfeld interessiert, das es ermöglicht, diese Industrie auch zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu nutzen“. Und dazu gehört die Mitwirkung in einer atomar bewaffneten NATO und in Zukunft auch der Status der Europäischen Union als Atommacht.

